



Protest mit Luftballons auf der Theodor-Heuss-Brücke. Die Demonstranten, unter ihnen Vertreter von SPD, Grünen und CDU, marschierten vom Mainzer Hauptbahnhof durch die City über den Rhein nach Wiesbaden. Bürgerinitiativen aus Hessen und Rheinland-Pfalz hatten zur Demo aufgerufen. Foto: dpa

# „Fluglärm 21“ mobilisiert

## Landesübergreifender Protestzug in Mainz / NRW kritisiert Cargo-Verlegung

Von Marc-Oliver von Riegen (dpa)

**Mainz/Wiesbaden/Düsseldorf** ■

„Fluglärm 21“ steht auf dem T-Shirt eines Demonstranten. Der Protest gegen den zunehmenden Lärm durch den Frankfurter Flughafen ist zwar längst nicht so stark wie gegen das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21. Doch der Widerstand wird größer. Weit über 10 000 Menschen haben sich am Samstag in der Mainzer Innenstadt versammelt: Eltern und Kinder, Bürger und Politiker, Hessen und Rheinland-Pfälzer. Statt Shoppen steht Protest auf dem Programm. Protest gegen die neue Landebahn und die Flugrouten, die auch Rheinhessen und Mainz mehr Lärm bringen.

Ärger baut sich unterdessen auch in Nordrhein-Westfalen auf: Der Plan von Lufthansa Cargo, einige Nachtflüge von Frankfurt zum Flughafen Köln/Bonn zu verlegen, stößt bei der dortigen Landesregierung auf heftige Kritik. Die Verlegung sei ein „unverantwortliches Verhalten“, sagte der parlamentarische Verkehrsstaatssekretär Horst Becker (Grüne) in Düsseldorf. Er forderte das

Unternehmen auf, „davon Abstand zu nehmen, die Anwohner von Köln/Bonn zusätzlich zu belasten“.

Fast ein wenig Karnevalsstimmung kommt am Samstag in Mainz auf, obwohl noch nicht der 11.11.11 ist, und es um ein ernstes Thema geht. Beim Protestzug zeigt ein Motivwagen den deutschen Michel, der auf dem Mainzer Dom sitzt und versucht, Flugzeuge abzufangen. In der Hand hält er ein Schild mit der Aufschrift „Fluglärm - Nein Danke“. Maria Huch aus Mainz-Laubenheim hat sich als Krankenschwester verkleidet. „Wir gehen als Krankenstation, weil Fluglärm krank macht.“ Sie befürchtet, dass die Lärmbelastung mit der neuen Landebahn zunimmt. Mit der Angst ist sie an diesem Samstag nicht allein.

Deutschlands größter Flughafen hat mit der neuen Landebahn nun vier Bahnen. Damit soll die Kapazität deutlich steigen. Bis 2020 ist geplant, dass die Zahl der Passagiere auf mehr als 88 Millionen steigt. Im vergangenen Jahr waren es 53 Millionen Fluggäste. Die rheinland-pfälzische Landesregierung und mehrere Gemein-

den prangern an, dass Mainz und Rheinhessen durch den Flughafen Frankfurt mit bis zu 300 Flugbewegungen am Tag belastet würden - im Gegensatz zu den Gebieten nordwestlich des Flughafens auf hessischer Seite. (Lesen Sie hierzu unseren separaten Bericht rechts)

Deshalb wollen fünf Gemeinden gegen die Flugrouten zu Felde ziehen und klagen. Eine davon ist Klein-Winternheim im Kreis Mainz-Bingen. Von dort kommt Georg Rauhut, der bei der Demo von Mainz nach Wiesbaden mitmacht. Um die Region „wieder lebenswert zu machen“, sagt er. Ein Freund sei wegen der Lärmbelastung erkrankt. „Die Flüge lassen sich auch am Tag bewerkstelligen“, meint er.

Das sehen Lufthansa Cargo und die Fluglotsen ganz anders. Nach ihrer Ansicht schafft ein Nachtflugverbot viele Probleme. Die Demonstranten fordern aber Ruhe zwischen 22 bis 6 Uhr. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hatte die geplanten 17 Starts und Landungen in Frankfurt zwischen 23 und 5 Uhr erst einmal gekippt. Nun steht eine Entscheidung des Bundesverwaltungsge-

richts aus. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) sagte am Tag vor der Eröffnung der neuen Landebahn: „Wenn das Bundesverwaltungsgericht entscheidet und sagt, es gibt gar nichts, dann ist es eben so.“

Das in Düsseldorf hart kritisierte Ausweichen auf den Flughafen Köln/Bonn ist eine Reaktion von Lufthansa Cargo, der Frachtparte der Airline. Der Notflugplan folgte auf das „17-Nachtflüge-Urteil“ des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs. Etwa zehn der bis auf weiteres untersagten Flüge entfallen auf Lufthansa Cargo. Das Unternehmen verlegt fünf nächtliche Frachtflüge pro Woche zum Flughafen Köln/Bonn.

Gegen diese Ausweichpläne kann das Land Nordrhein-Westfalen nach Einschätzung des Staatssekretärs allerdings nicht vorgehen: „Bis 2030 hat man bei der jetzigen Betriebsgenehmigung keine Möglichkeit“, sagte Becker. Die Verlagerung ins Rheinland sei „auch ökonomisch absoluter Unsinn“. Da es sich um Flüge nach China handele, wäre eine Verlegung zum Flughafen Leipzig sinnvoller.

de

Ma  
land-  
ter R  
te si  
die  
Klage  
nen  
folgr  
ein g  
der  
Lewe  
Vorte  
hafen  
rend  
hesse  
Bad K  
tet w

Gr  
niel  
Deuts  
die  
rung  
den  
mieru  
Frank  
den“.  
und I

niger  
Die  
CDU-  
vorsit  
forder  
FDP-R  
auf N  
Es gel  
hafen  
bis zu  
waltu  
zeiger  
auch  
komm

Lo

Wie  
will  
Wettb  
fertig  
Fluha  
minist  
(FDP)  
entspr  
der El  
rer We  
person  
Löhne  
Qualit  
konku  
zwei F  
gung a  
missio

Ihre  
will d  
gierun  
mache  
te das  
Europa  
Hier g  
um die  
kehrs